

Bundesgesetzblatt

897

Teil II

Z 1998 AX

1979	Ausgegeben zu Bonn am 9. August 1979	Nr. 35
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
24. 7. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens	897
25. 7. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze im Grenzabschnitt „Dreieckmark-Dandlbachmündung“ und in einem Teil des Grenzabschnittes „Scheibelberg-Bodensee“ sowie über Befugnisse der Grenzkommission	898
25. 7. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über Finanzielle Zusammenarbeit	898
26. 7. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit	900
31. 7. 79	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen	902
1. 8. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über steuerliche Erleichterungen im grenzüberschreitenden deutsch-italienischen Straßenverkehr	912

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens

Vom 24. Juli 1979

Das am 24. Juli 1971 in Paris revidierte Welturheberrechtsabkommen (BGBl. 1973 II S. 1069, 1111) ist nach seinem Artikel IX Abs. 2, die Zusatzprotokolle 1 und 2 zu diesem Abkommen sind jeweils nach ihrer Nummer 2 Buchstabe b für

Dänemark am 11. Juli 1979

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Juni 1979 (BGBl. II S. 748).

Bonn, den 24. Juli 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Verbeek

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Vertrags
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich
über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze im Grenzabschnitt
„Dreieckmark-Dandlbachmündung“ und in einem Teil des Grenzabschnittes
„Scheibelberg-Bodensee“ sowie über Befugnisse der Grenzkommission

Vom 25. Juli 1979

Nach Artikel 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 20. April 1979 zu dem Vertrag vom 20. April 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze im Grenzabschnitt „Dreieckmark-Dandlbachmündung“ und in einem Teil des Grenzabschnittes „Scheibelberg-Bodensee“ sowie über Befugnisse der Grenzkommission (BGBl. 1979 II S. 377) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2

am 1. Oktober 1979

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 13. Juli 1979 in Wien ausgetauscht worden.

Bonn, den 25. Juli 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Verbeek

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Ghana
über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 25. Juli 1979

In Accra ist am 31. Mai 1979 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 31. Mai 1979

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 25. Juli 1979

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Klamser

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Ghana
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Ghana,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ghana,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Ghana beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Ghana, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für das Vorhaben „Elektrifizierung Ho/Volta Region“ ein Darlehen bis zu 28,0 Millionen DM (in Worten: achtundzwanzig Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zentralbank der Republik Ghana wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund der nach Absatz 1 abzuschließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Ghana stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und

sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Ghana erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Ghana überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Ghana innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Accra, am 31. Mai 1979, in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Herbert Weil

Für die Regierung der Republik Ghana

Dr. Joseph Abbey

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch
über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 26. Juli 1979

In Dacca ist am 30. Mai 1979 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 30. Mai 1979

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. Juli 1979

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Klamser

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik Bangladesch,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bangladesch,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik Bangladesch beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Volksrepublik Bangladesch, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage einen Finanzierungsbeitrag bis zu 60 000 000 DM (in Worten: sechzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge oder Leistungsverträge nach dem 1. Januar 1979 abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des Finanzierungsbeitrags sowie die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch zu schließende

Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß oder Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrags in der Volksrepublik Bangladesch erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Volksrepublik Bangladesch innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Dacca am 30. Mai 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bangalischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und bangalischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Schilling

Für die Regierung der Volksrepublik Bangladesch
Dr. Huda

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch vom 30. Mai 1979
über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 30. Mai 1979 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate;
 - b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte;
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art;
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel und Farbstoffe;
 - e) Transportmittel;
 - f) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Volksrepublik Bangladesch von Bedeutung sind;
 - g) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

Bekanntmachung
von Änderungen der Ausführungsordnung
zum Patentrechtsabkommen

Vom 31. Juli 1979

Die Versammlung des Verbandes für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens hat am 1. Mai 1979 Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen vom 19. Juni 1970 (BGBl. 1976 II S. 649, 664, 721) beschlossen. Die Änderungen werden auf Grund des Artikels X Nr. 2 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. II S. 649) nachstehend bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. März 1979 (BGBl. II S. 335).

Bonn, den 31. Juli 1979

Der Bundesminister der Justiz
Im Auftrag
Dr. Deiters

**Änderungen der Ausführungsordnung
zum Vertrag über die Internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens
(PCT)**

gemäß Beschluß der PCT-Versammlung vom 1. Mai 1979

**Amendments to the Regulations
under the Patent Cooperation Treaty
(PCT)**

Adopted by the Assembly of the International Patent
Cooperation (PCT) Union on May 1, 1979

**Modifications du règlement d'exécution
du Traité de coopération en matière de brevets
(PCT)**

Adoptées par l'Assemblée de l'Union internationale de coopération
en matière de brevets (Union PCT), le 1^{er} mai 1979

(Übersetzung)

Table of Amendments	Liste des modifications	Liste der Änderungen
Rule 15.1 Amended *)	Règle 15.1 modifiée *)	Regel 15.1 Geändert *)
Rule 15.2 Amended *)	Règle 15.2 modifiée *)	Regel 15.2 Geändert *)
Rule 15.3 Amended *)	Règle 15.3 modifiée *)	Regel 15.3 Geändert *)
Rule 15.4 Amended *)	Règle 15.4 modifiée *)	Regel 15.4 Geändert *)
Rule 15.5 Amended *)	Règle 15.5 modifiée *)	Regel 15.5 Geändert *)
Rule 16.1 (b) Amended *)	Règle 16.1 (b) modifiée *)	Regel 16.1 (b) Geändert *)
Rule 16.1 (c) New *)	Règle 16.1 (c) nouvelle *)	Regel 16.1 (c) Neu *)
Rule 16.1 (d) New *)	Règle 16.1 (d) nouvelle *)	Regel 16.1 (d) Neu *)
Rule 16.1 (e) New *)	Règle 16.1 (e) nouvelle *)	Regel 16.1 (e) Neu *)
Rule 16.1 (f) New *)	Règle 16.1 (f) nouvelle *)	Regel 16.1 (f) Neu *)
Rule 47.1 (b) Amended **)	Règle 47.1 (b) modifiée **)	Regel 47.1 (b) Geändert **)
Rule 47.2 (c) New **)	Règle 47.2 (c) nouvelle **)	Regel 47.2 (c) Neu **)
Rule 57.1 Amended *)	Règle 57.1 modifiée *)	Regel 57.1 Geändert *)
Rule 57.2 (a) Amended *)	Règle 57.2 (a) modifiée *)	Regel 57.2 (a) Geändert *)
Rule 57.2 (b) Amended *)	Règle 57.2 (b) modifiée *)	Regel 57.2 (b) Geändert *)
Rule 57.2 (c) New *)	Règle 57.2 (c) nouvelle *)	Regel 57.2 (c) Neu *)
Rule 57.2 (d) New *)	Règle 57.2 (d) nouvelle *)	Regel 57.2 (d) Neu *)
Rule 57.2 (e) New *)	Règle 57.2 (e) nouvelle *)	Regel 57.2 (e) Neu *)
Rule 57.3 Amended *)	Règle 57.3 modifiée *)	Regel 57.3 Geändert *)
Rule 57.4 Amended *)	Règle 57.4 modifiée *)	Regel 57.4 Geändert *)
Rule 57.5 Amended *)	Règle 57.5 modifiée *)	Regel 57.5 Geändert *)
Rule 57.6 Amended *)	Règle 57.6 modifiée *)	Regel 57.6 Geändert *)
Rule 96 New *)	Règle 96 nouvelle *)	Regel 96 Neu *)
Schedule of Fees New *)	Barème de taxes nouveau *)	Gebührenverzeichnis ... Neu *)

*) With effect on and from August 1, 1979.
**) With effect on and from May 1, 1979.

*) A compter du 1^{er} août 1979.
**) A compter du 1^{er} mai 1979.

*) Gültig ab 1. August 1979.
**) Gültig ab 1. Mai 1979.

Rule 15 The International Fee	Règle 15 Taxe internationale	Regel 15 Die internationale Gebühr
<p>15.1 Basic Fee and Designation Fee</p> <p>Each international application shall be subject to the payment of a fee for the benefit of the International Bureau ("international fee") to be collected by the receiving Office and consisting of:</p> <p>(i) a "basic fee," and</p> <p>(ii) as many "designation fees" as there are national patents and regional patents sought by the applicant in the international application, except that, where Article 44 applies in respect of a designation, only one designation fee shall be due.</p> <p>15.2 Amounts</p> <p>(a) The amounts of the basic fee and of the designation fee are as set out in the Schedule of Fees.</p> <p>(b) The amounts of the basic fee and of the designation fee shall be established for each receiving Office which, under Rule 15.3, prescribes the payment of those fees in a currency or currencies other than Swiss currency, by the Director General after consultation with that Office and in the currency or currencies prescribed by that Office ("prescribed currency"). The amounts in each prescribed currency shall be the equivalent, in round figures, of the amounts in Swiss currency set out in the Schedule of Fees. They shall be published in the Gazette.</p> <p>(c) Where the amounts of the fees set out in the Schedule of Fees are changed, the corresponding amounts in the prescribed currencies shall be applied from the same date as the amounts set out in the amended Schedule of Fees.</p> <p>(d) Where the exchange rate between Swiss currency and any prescribed currency becomes different from the exchange rate last applied, the Director General shall establish new amounts in the prescribed currency according to directives given by the Assembly. The newly established amounts shall become applicable two months after the date of their publication in the Gazette, provided that the interested Office and the Director General may agree on a date falling during the said two-month period in which case the said amounts shall become applicable for that Office from that date.</p>	<p>15.1 Taxe de base et taxe de désignation</p> <p>Toute demande internationale est soumise au paiement d'une taxe perçue par l'office récepteur au profit du Bureau international («taxe internationale») et comprenant:</p> <p>i) une «taxe de base,» et</p> <p>ii) autant de «taxes de désignation» qu'il y a de brevets nationaux et de brevets régionaux demandés par le déposant dans la demande internationale; toutefois une seule taxe de désignation est due si les dispositions de l'article 44 sont applicables à une quelconque désignation.</p> <p>15.2 Montants</p> <p>a) Les montants de la taxe de base et de la taxe de désignation sont fixés dans le barème de taxes.</p> <p>b) Les montants de la taxe de base et de la taxe de désignation sont fixés, pour chaque office récepteur qui, en application de la règle 15.3, prescrit le paiement de ces taxes dans une ou plusieurs monnaies autres que la monnaie suisse, par le Directeur général après consultation de cet office et dans la ou les monnaies prescrites par ce dernier («monnaie prescrite»). Les montants exprimés dans chaque monnaie prescrite sont l'équivalent, en chiffres ronds, des montants exprimés en monnaie suisse qui sont indiqués dans le barème de taxes. Ils sont publiés dans la gazette.</p> <p>c) Lorsque les montants des taxes indiqués dans le barème de taxes sont modifiés, les montants correspondants dans les monnaies prescrites sont applicables à partir de la même date que les montants indiqués dans le barème de taxes modifié.</p> <p>d) Lorsque le taux de change entre la monnaie suisse et toute monnaie prescrite diffère du dernier taux de change appliqué, le Directeur général établit les nouveaux montants dans la monnaie prescrite conformément aux directives de l'Assemblée. Les nouveaux montants établis deviennent applicables deux mois après la date de leur publication dans la gazette, à moins que l'office intéressé et le Directeur général ne conviennent d'une date tombant au cours de cette période de deux mois, auquel cas lesdits montants deviennent applicables pour cet office à compter de cette date.</p>	<p>15.1 Grundgebühr und Bestimmungsgebühren</p> <p>Für jede internationale Anmeldung ist eine vom Anmeldeamt erhobene Gebühr zugunsten des Internationalen Büros zu zahlen („internationale Gebühr“), bestehend aus</p> <p>i) einer „Grundgebühr“ und</p> <p>ii) so vielen „Bestimmungsgebühren“, als vom Anmelder in der internationalen Anmeldung um nationale Patente und regionale Patente nachgesucht wird, wobei in dem Falle, daß Artikel 44 auf eine Bestimmung anwendbar ist, nur eine Bestimmungsgebühr zu entrichten ist.</p> <p>15.2 Beträge</p> <p>a) Die Höhe der Grundgebühr und der Bestimmungsgebühr ergibt sich aus dem Gebührenverzeichnis.</p> <p>b) Die Höhe der Grundgebühr und der Bestimmungsgebühr wird für jedes Anmeldeamt, das nach Regel 15.3 die Zahlung dieser Gebühren in einer anderen Währung oder in anderen Währungen als der Schweizer Währung vorschreibt, vom Generaldirektor nach Anhörung dieses Amtes in der (oder in den) von diesem Amt vorgeschriebenen Währung(en) festgesetzt („vorgeschriebene Währung“). Die Beträge in jeder vorgeschriebenen Währung stellen den Gegenwert der im Gebührenverzeichnis in Schweizer Währung angegebenen Beträge in runden Zahlen dar. Sie werden im Blatt veröffentlicht.</p> <p>c) Werden die im Gebührenverzeichnis angegebenen Gebührenbeträge geändert, so sind die entsprechenden Beträge in den vorgeschriebenen Währungen von demselben Zeitpunkt an anwendbar wie die in dem geänderten Gebührenverzeichnis angegebenen Beträge.</p> <p>d) Ändert sich der Wechselkurs zwischen der Schweizer Währung und einer der vorgeschriebenen Währungen gegenüber dem zuletzt zugrundegelegten Wechselkurs, so setzt der Generaldirektor die neuen Beträge in der vorgeschriebenen Währung gemäß den Weisungen der Versammlung fest. Die neu festgesetzten Beträge werden zwei Monate nach ihrer Veröffentlichung im Blatt anwendbar mit der Maßgabe, daß das beteiligte Amt und der Generaldirektor sich auf einen Zeitpunkt innerhalb dieser Zweimonatsfrist einigen können, von dem an diese Beträge für dieses Amt anwendbar werden.</p>

15.3 Mode of Payment

The international fee shall be payable in the currency or currencies prescribed by the receiving Office, it being understood that, when transferred by the receiving Office to the International Bureau, the amount transferred shall be freely convertible into Swiss currency.

15.4 Time of Payment

(a) Subject to paragraph (c), the basic fee shall be due on the date of receipt of the international application.

(b) Subject to paragraph (c), the designation fee shall be paid on the date of receipt of the international application or on any later date prior to the expiration of one year from the priority date.

(c) The receiving Office may permit applicants to pay either the basic fee or the designation fee or both of the fees later than on the dates provided for in paragraphs (a) and (b), provided that:

- (i) permission shall not be given to pay the basic fee or the designation fee later than one month after the date of receipt of the international application;
- (ii) permission may not be subject to any extra charge.

Such later payment of the said fees shall be without loss, in the case of the basic fee, of the international filing date, or, in the case of the designation fee, of the designations to which the payment relates.

15.5 Partial Payment

(a) Where the amount of the international fee received by the receiving Office is not less than that of the basic fee and at least one designation fee but less than the amount required to cover the basic fee and all the designations made in the international application, the amount received shall be applied as follows:

- (i) to cover the basic fee, and
- (ii) to cover as many designation fees as, after deduction of the basic fee, may be covered in full by the amount received in the order indicated in paragraph (b).

(b) The order in which the said amount shall be applied to the designations shall be established as follows:

- (i) where the applicant indicates to which designation or designations the amount is to be ap-

15.3 Mode de paiement

La taxe internationale doit être payée dans la ou les monnaies prescrites par l'office récepteur, étant entendu que, lors de son transfert par cet office au Bureau international, le montant transféré doit être librement convertible en monnaie suisse.

15.4 Date du paiement

a) Sous réserve de l'alinéa c), la taxe de base est due à la date de réception de la demande internationale.

b) Sous réserve de l'alinéa c), la taxe de désignation est payée à la date de réception de la demande internationale ou à toute autre date ultérieure avant l'expiration d'une année à compter de la date de priorité.

c) L'office récepteur peut permettre aux déposants de payer la taxe de base ou la taxe de désignation, ou ces deux taxes, après les dates prescrites aux alinéas a) et b), à condition que:

- i) l'autorisation ne soit pas donnée d'effectuer le paiement de la taxe de base ou de la taxe de désignation après l'expiration d'un mois à compter de la date de réception de la demande internationale;
- ii) l'autorisation ne soit pas assujettie à une surtaxe.

Un tel paiement retardé desdites taxes n'entraîne pas, dans le cas de la taxe de base, la perte de la date du dépôt international, ni, dans le cas de la taxe de désignation, la perte des désignations auxquelles il a trait.

15.5 Paiement partiel

a) Lorsque le montant de la taxe internationale reçu par l'office récepteur n'est pas inférieur au montant de la taxe de base augmenté de celui d'au moins une taxe de désignation mais est inférieur au montant requis pour couvrir celui de la taxe de base et des taxes de désignation de toutes les désignations faites dans la demande internationale, le montant reçu est ventilé comme suit:

- i) pour couvrir la taxe de base et
- ii) pour couvrir, après déduction du montant de la taxe de base, autant de taxes de désignations entières que peut contenir ce montant, dans l'ordre indiqué à l'alinéa b).

b) L'ordre dans lequel ledit montant est affecté aux désignations est établi comme suit:

- i) lorsque le déposant précise à quelle(s) désignation ou désignations le montant doit être effectué,

15.3 Zahlungsart

Die internationale Gebühr ist in der (den) vom Anmeldeamt vorgeschriebenen Währung(en) zu zahlen; bei Überweisung durch das Anmeldeamt an das Internationale Büro muß der überwiesene Betrag frei in Schweizer Währung unwechselbar sein.

15.4 Fälligkeit

a) Vorbehaltlich Absatz c) wird die Grundgebühr mit dem Eingang der internationalen Anmeldung fällig.

b) Vorbehaltlich Absatz c) ist die Bestimmungsgebühr bei Eingang der internationalen Anmeldung oder zu einem späteren Zeitpunkt vor Ablauf eines Jahres seit dem Prioritätsdatum zu zahlen.

c) Das Anmeldeamt kann den Anmeldern gestatten, die Grundgebühr oder die Bestimmungsgebühr oder beide Gebühren später als zu den in Absatz a) und b) vorgesehenen Zeitpunkten zu zahlen, vorausgesetzt daß

- i) für die Grundgebühr oder die Bestimmungsgebühr kein späterer Zahlungstermin als ein Monat nach Eingang der internationalen Anmeldung eingeräumt wird;
- ii) die Vergünstigung nicht von einer zusätzlichen Gebühr abhängig gemacht wird.

Diese spätere Zahlung führt im Falle der Grundgebühr nicht zum Verlust des internationalen Anmeldedatums und im Falle der Bestimmungsgebühr nicht zum Verlust der Bestimmungen, auf die sich die Zahlung bezieht.

15.5 Teilweise Zahlung

a) Ist der beim Anmeldeamt eingegangene Betrag der internationalen Gebühr nicht geringer als derjenige der Grundgebühr und zumindest einer Bestimmungsgebühr, jedoch geringer als der zur Deckung der Grundgebühr und sämtlicher in der internationalen Anmeldung vorgenommenen Bestimmungen erforderliche Betrag, so wird der eingegangene Betrag wie folgt verrechnet:

- i) zur Deckung der Grundgebühr und
- ii) nach Abzug der Grundgebühr zur Deckung so vieler Bestimmungsgebühren, als durch den eingegangenen Betrag in der in Absatz b) angegebenen Reihenfolge vollständig gedeckt sind.

b) Die Reihenfolge, in der der genannte Betrag für die Bestimmungen verrechnet wird, wird wie folgt festgelegt:

- i) gibt der Anmelder an, auf welche Bestimmung oder Bestimmungen sich der Betrag beziehen soll, so

plied, it shall be applied accordingly but, if the amount received is insufficient to cover the designations indicated, it shall be applied to as many designations as are covered by it in the order chosen by the applicant in indicating the designations;

- (ii) to the extent that the applicant has not given the indications under item (i), the amount or the balance thereof shall be applied to the designations in the order in which they appear in the international application;
- (iii) where the designation of a State is for the purposes of a regional patent and provided that the required designation fee is, under the preceding provisions, available for that designation, the designation of any further States for which the same regional patent is sought shall be considered as covered by that fee.

15.6: [No change]

Rule 16

The Search Fee

16.1 Right to Ask for a Fee

(a) [No change]

(b) The search fee shall be collected by the receiving Office. The said fee shall be payable in the currency or currencies prescribed by that Office ("the receiving Office currency"), it being understood that, if any receiving Office currency is not that, or one of those, in which the International Searching Authority has fixed the said fee ("the fixed currency or currencies"), it shall, when transferred by the receiving Office to the International Searching Authority, be freely convertible into the currency of the State in which the International Searching Authority has its headquarters ("the headquarters currency"). The amount of the search fee in any receiving Office currency, other than the fixed currency or currencies, shall be established by the Director General after consultation with that Office. The amounts so established shall be the equivalents, in round figures, of the amount established by the International Searching Authority in the headquarters currency. They shall be published in the Gazette.

(c) Where the amount of the search fee in the headquarters currency is changed, the corresponding amounts in the receiving Office currencies, other than the fixed currency or cur-

il est affecté de cette manière mais si le montant reçu est insuffisant pour couvrir les désignations ainsi indiquées, il est affecté à autant de désignations qu'il en couvre, dans l'ordre dans lequel le déposant a placé ces désignations;

- ii) dans la mesure où le déposant n'a pas donné l'indication selon la rubrique i), ledit montant ou le solde doit être affecté aux désignations dans l'ordre où elles apparaissent dans la demande internationale;
- iii) lorsque la désignation d'un Etat est effectuée aux fins de l'obtention d'un brevet régional et sous réserve que la taxe de désignation requise soit, en vertu des dispositions qui précèdent, disponible pour cette désignation, la désignation de tout autre Etat aux fins de l'obtention du même brevet régional est considérée comme couverte par cette taxe.

15.6: [Sans changement]

Règle 16

Taxe de recherche

16.1 Droit de demander une taxe

a) [Sans changement]

b) La taxe de recherche est perçue par l'office récepteur. Elle doit être payée dans la ou les monnaies prescrites par cet office («la monnaie de l'office récepteur»), étant entendu que si la monnaie de l'office récepteur n'est pas celle, ou l'une de celles, dans laquelle ou lesquelles l'administration chargée de la recherche internationale a fixé ladite taxe («la monnaie fixée ou les monnaies fixées»), cette taxe doit, lors de son transfert par l'office récepteur à l'administration chargée de la recherche internationale, être librement convertible en la monnaie de l'Etat où ladite administration a son siège («la monnaie du siège»). Le montant de la taxe de recherche, exprimé en toute monnaie de l'office récepteur autre que la monnaie fixée ou les monnaies fixées, est établi par le Directeur général après consultation de cet office. Les montants ainsi établis sont l'équivalent, en chiffres ronds, du montant établi par l'administration chargée de la recherche internationale dans la monnaie du siège. Ils sont publiés dans la gazette.

c) Lorsque le montant de la taxe de recherche, exprimé en monnaie du siège, est modifié, les montants correspondants en monnaies de l'office récepteur autres que la monnaie fixée

wird er entsprechend verrechnet; reicht der eingegangene Betrag jedoch zur Deckung der angegebenen Bestimmungen nicht aus, so wird er auf so viele Bestimmungen verrechnet, wie in Anwendung der vom Anmelder bei der Angabe der Bestimmungen gewählten Reihenfolge gedeckt sind;

- ii) soweit der Anmelder die in Ziffer i genannten Angaben nicht gemacht hat, wird der Betrag oder der Restbetrag auf die Bestimmungen in der Reihenfolge verrechnet, in der sie in der internationalen Anmeldung erscheinen;
- iii) erfolgt die Bestimmung eines Staates für die Zwecke eines regionalen Patents und ist die erforderliche Bestimmungsg Gebühr gemäß den vorhergehenden Vorschriften für diese Bestimmung verfügbar, so gilt die Bestimmung eines weiteren Staates, für den um dasselbe regionale Patent nachgesucht wird, als durch diese Gebühr gedeckt.

15.6 [Keine Änderung]

Regel 16

Die Recherchegebühr

16.1 Befugnis, eine Gebühr zu verlangen

a) [Keine Änderung]

b) Die Recherchegebühr wird vom Anmeldeamt erhoben. Die genannte Gebühr ist in der (den) von diesem Amt bestimmten Währung(en) („Anmeldeamtswährung“) zahlbar; ist die Währung eines Anmeldeamts nicht die gleiche Währung oder eine der Währungen, in denen die Internationale Recherchenbehörde die genannte Gebühr festgelegt hat („festgelegte Währung oder Währungen“), so muß sie, wenn sie vom Anmeldeamt an die Internationale Recherchenbehörde überwiesen wird, in die Währung des Staates, in dem die Internationale Recherchenbehörde ihren Sitz hat, frei umwechselbar sein („Währung des Sitzstaates“). Die Höhe der Gebühr in einer anderen Anmeldeamtswährung als der festgelegten Währung oder den festgelegten Währungen wird vom Generaldirektor nach Anhörung dieses Amtes festgesetzt. Die so festgesetzten Beträge stellen den Gegenwert des von der Internationalen Recherchenbehörde in der Währung des Sitzstaates festgesetzten Betrags in runden Zahlen dar. Sie werden im Blatt veröffentlicht.

c) Wird der Betrag der Recherchegebühr in der Währung des Sitzstaates geändert, so sind die entsprechenden Beträge in den anderen Anmeldeamtswährungen als der festgelegten

rencies, shall be applied from the same date as the changed amount in the headquarters currency.

(d) Where the exchange rate between the headquarters currency and any receiving Office currency, other than the fixed currency or currencies, becomes different from the exchange rate last applied, the Director General shall establish the new amount in the said receiving Office currency according to directives given by the Assembly. The newly established amount shall become applicable two months after its publication in the Gazette, provided that any interested receiving Office and the Director General may agree on a date falling during the said two-month period in which case the said amount shall become applicable for that Office from that date.

(e) Where, in respect of the payment of the search fee in a receiving Office currency, other than the fixed currency or currencies, the amount actually received by the International Searching Authority in the headquarters currency is less than that fixed by it, the difference will be paid to the International Searching Authority by the International Bureau, whereas, if the amount actually received is more, the difference will belong to the International Bureau.

(f) As to the time of payment of the search fee, the provisions of Rule 15.4 relating to the basic fee shall apply.

16.2: [No change]

16.3: [No change]

Rule 47

Communication to Designated Offices

47.1 Procedure

(a) [No change]

(b) Such communication shall be effected promptly after the international publication of the international application and, in any event, by the end of the 19th month after the priority date. Where, the time limit under Rule 46.1 has not expired when the communication is effected and the International Bureau has neither received amendments from the applicant nor a declaration that the applicant does not wish to make amendments before the International Bureau, the International Bureau shall, at the time of the communication, notify the applicant and the designated Offices accordingly; it shall, immediately after receipt, communicate any amendment received subsequently to the

ou les monnaies fixées, sont applicables à partir de la même date que le montant modifié en monnaie du siège.

d) Lorsque le taux de change entre la monnaie du siège et toute monnaie de l'office récepteur autre que la monnaie fixée ou les monnaies fixées, diffère du dernier taux de change appliqué, le Directeur général établit le nouveau montant dans la monnaie de l'office récepteur considérée conformément aux directives de l'Assemblée. Les nouveaux montants établis deviennent applicables deux mois après leur publication dans la gazette, à moins que tout office récepteur intéressé et le Directeur général ne conviennent d'une date tombant dans ladite période de deux mois, auquel cas ledits montants deviennent applicables pour cet office à compter de cette date.

e) Lorsque, en ce qui concerne le paiement de la taxe de recherche dans une monnaie de l'office récepteur autre que la monnaie fixée ou les monnaies fixées, le montant effectivement reçu en monnaie du siège par l'administration chargée de la recherche internationale est inférieur à celui qu'elle a fixé, la différence est payée à ladite administration par le Bureau international; au contraire, si le montant effectivement reçu est supérieur au montant fixé, la différence appartient au Bureau international.

f) Les dispositions de la règle 15.4 concernant la taxe de base sont applicables à la date du paiement de la taxe de recherche.

16.2: [Sans changement]

16.3: [Sans changement]

Règle 47

Communication aux offices désignés

47.1 Procédure

a) [Sans changement]

b) Cette communication est effectuée à bref délai après la publication internationale de la demande internationale et, en tout cas, au plus tard à l'expiration du 19^e mois à compter de la date de priorité. Si le délai prescrit à la règle 46.1 n'a pas encore expiré au moment où est effectuée la communication et si le Bureau international n'a reçu du déposant ni modifications ni déclaration qu'il ne désire pas présenter de modifications au Bureau international, le Bureau international notifie ce fait au déposant et aux offices désignés en même temps qu'il effectue la communication; le Bureau international communique aux offices désignés, dès sa réception, toute modification reçue ultérieurement et le

Währung oder den festgelegten Währungen von demselben Zeitpunkt an anwendbar, wie der geänderte Betrag in der Währung des Sitzstaates.

d) Ändert sich der Wechselkurs zwischen der Währung des Sitzstaates und einer anderen Anmeldeamtswährung als der festgelegten Währung oder den festgelegten Währungen gegenüber dem zuletzt zugrundegelegten Wechselkurs, so setzt der Generaldirektor den neuen Betrag in dieser Anmeldeamtswährung gemäß den Weisungen der Versammlung fest. Der neu festgesetzte Betrag wird zwei Monate nach seiner Veröffentlichung im Blatt anwendbar mit der Maßgabe, daß das beteiligte Anmeldeamt und der Generaldirektor sich auf einen Zeitpunkt innerhalb dieser Zweimonatsfrist einigen können, von dem an der genannte Betrag für dieses Amt anwendbar wird.

e) Ist der bei der Internationalen Recherchenbehörde in der Währung des Sitzstaates tatsächlich eingegangene, zur Zahlung der Recherchegebühr in einer anderen Anmeldeamtswährung als der festgelegten Währung oder den festgelegten Währungen bestimmte Betrag geringer als der von ihr festgelegte, so zahlt das Internationale Büro die Differenz an die Internationale Recherchenbehörde; ist der tatsächlich eingegangene Betrag höher, so verbleibt die Differenz dem Internationalen Büro.

f) Für die Fälligkeit der Recherchegebühr gelten die Bestimmungen der Regel 15.4 bezüglich der Grundgebühr.

16.2 [Keine Änderung]

16.3 [Keine Änderung]

Regel 47

Übermittlung an die Bestimmungsämter

47.1 Verfahren

a) [Keine Änderung]

b) Die Übermittlung erfolgt unverzüglich nach der internationalen Veröffentlichung der internationalen Anmeldung und jedenfalls bis zum Ablauf des 19. Monats nach dem Prioritätsdatum. Ist die Frist gemäß Regel 46.1 bei Vornahme der Übermittlung nicht abgelaufen und sind beim Internationalen Büro keine Änderungen von seiten des Anmelders oder keine Erklärung, daß er keine Änderungen vor dem Internationalen Büro vorzunehmen wünsche, eingegangen, so unterrichtet das Internationale Büro im Zeitpunkt der Übermittlung den Anmeldeamt und die Bestimmungsämter hiervon; es übermittelt später eingegangene Änderungen unverzüglich nach deren Eingang an die

designated Offices and notify the applicant accordingly. Where, under Article 17 (2) (a), the International Searching Authority has made a declaration that no international search report will be established, the communication shall be effected, unless the international application is withdrawn, within 1 month from the date on which the International Bureau has been notified of the said declaration by the International Searching Authority; such communication shall be accompanied by an indication of the date of the notification sent to the applicant under Article 17 (2) (a).

- (c) [No change]
- (d) [No change]
- (e) [No change]

47.2 Copies

- (a) [No change]
- (b) [No change]

(c) Except to the extent that any designated Office notifies the International Bureau otherwise, copies of the pamphlet under Rule 48 may be used for the purposes of the communication of the international application under Article 20.

47.3: [No change]

notifié au déposant. Lorsque, conformément à l'article 17.2. a), l'administration chargée de la recherche internationale a déclaré qu'un rapport de recherche internationale ne sera pas établi, la communication est effectuée, sauf retrait de la demande internationale, dans un délai d'un mois à compter de la réception par le Bureau international de la notification relative à cette déclaration; cette communication doit comporter la date de la notification adressée au déposant conformément à l'article 17.2. a).

- c) [Sans changement]
- d) [Sans changement]
- e) [Sans changement]

47.2 Copies

- a) [Sans changement]
- b) [Sans changement]

c) Dans la mesure où l'office désigné ne notifie pas le contraire au Bureau international, des exemplaires de la brochure selon la règle 48 peuvent être utilisés aux fins de la communication de la demande internationale conformément à l'article 20.

47.3: [Sans changement]

Bestimmungsämter und unterrichtet den Anmelder hiervon. Hat die Internationale Recherchenbehörde nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a eine Erklärung abgegeben, daß ein internationaler Recherchenbericht nicht erstellt wird, so wird die Übermittlung durchgeführt, sofern die Anmeldung nicht innerhalb eines Monats seit dem Zeitpunkt zurückgezogen wird, an dem das Internationale Büro durch die Internationale Recherchenbehörde von der Erklärung unterrichtet worden ist; dieser Unterrichtung ist eine Angabe über den Zeitpunkt der Benachrichtigung des Anmelders nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a beizufügen.

- c) [Keine Änderung]
- d) [Keine Änderung]
- e) [Keine Änderung]

47.2 Kopien

- a) [Keine Änderung]
- b) [Keine Änderung]

c) Soweit ein Bestimmungsamt dem Internationalen Büro nichts anderes mitteilt, können Kopien der Schrift gemäß Regel 48 für den Zweck der Übermittlung der internationalen Anmeldung gemäß Artikel 20 verwendet werden.

47.3: [Keine Änderung]

Rule 57 The Handling Fee

57.1 Requirement to Pay

(a) Each demand for international preliminary examination shall be subject to the payment of a fee for the benefit of the International Bureau ("handling fee") to be collected by the International Preliminary Examining Authority to which the demand is submitted.

(b) Where, because of a later election or elections, the international preliminary examination report must, in application of Article 36 (2), be translated by the International Bureau into one or more additional languages, a "supplement to the handling fee" shall be collected by the International Bureau.

57.2 Amounts of the Handling Fee and the Supplement to the Handling Fee

(a) The amount of the handling fee is as set out in the Schedule of Fees. The amount payable in any particular case shall be the amount as so set out, increased by as many times the same amount as the number of languages into which the international preliminary examination report must, in application of Article 36 (2), be translated by the International Bureau.

Règle 57 Taxe de traitement

57.1 Obligation de payer

a) Toute demande d'examen préliminaire international est soumise au paiement d'une taxe perçue au profit du Bureau international («taxe de traitement») par l'administration chargée de l'examen préliminaire international à laquelle la demande d'examen est présentée.

b) Lorsque, en raison d'une élection ultérieure ou d'élections ultérieures, le rapport d'examen préliminaire international doit, en application de l'article 36.2), être traduit par le Bureau international en une ou plusieurs langues additionnelles, un «supplément à la taxe de traitement» est perçu par le Bureau international.

57.2 Montants de la taxe de traitement et supplément à la taxe de traitement

a) Le montant de la taxe de traitement est celui qui est fixé dans le barème de taxes. Le montant à payer dans chaque cas particulier est le montant ainsi fixé, augmenté d'autant de fois ce montant qu'il y a de langues dans lesquelles le rapport d'examen préliminaire international doit, en application de l'article 36.2), être traduit par le Bureau international.

Regel 57 Bearbeitungsgebühr

57.1 Gebührenpflicht

a) Für jeden Antrag auf internationale vorläufige Prüfung ist eine Gebühr zugunsten des Internationalen Büros („Bearbeitungsgebühr“) zu zahlen, die von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde, bei welcher der Antrag eingereicht wird, einzuziehen ist.

b) Muß der internationale vorläufige Prüfungsbericht wegen nachträglicher Auswählerklärungen vom Internationalen Büro gemäß Artikel 36 Absatz 2 in eine oder mehrere zusätzliche Sprachen übersetzt werden, so wird vom Internationalen Büro eine „zusätzliche Bearbeitungsgebühr“ eingezogen.

57.2 Betrag der Bearbeitungsgebühr und der zusätzlichen Bearbeitungsgebühr

a) Die Höhe der Bearbeitungsgebühr ergibt sich aus dem Gebührenverzeichnis. Der im Einzelfall zu zahlende Betrag besteht aus dem sich so ergebenden Betrag, der sich um jeweils den gleichen Betrag für jede Sprache erhöht, in die der internationale vorläufige Prüfungsbericht vom Internationalen Büro gemäß Artikel 36 Absatz 2 übersetzt werden muß.

(b) The amount of the supplement to the handling fee is as set out in the Schedule of Fees. The amount payable in any particular case shall be the amount as so set out, multiplied by the number of additional languages referred to in Rule 57.1 (b).

(c) The amount of the handling fee shall be established, for each International Preliminary Examining Authority which, under Rule 57.3 (c), prescribes the payment of the handling fee in a currency or currencies other than Swiss currency, by the Director General after consultation with that Authority and in the currency or currencies prescribed by that Authority ("prescribed currency"). The amount in each prescribed currency shall be the equivalent, in round figures, of the amount of the handling fee in Swiss currency set out in the Schedule of Fees. The amounts in the prescribed currencies shall be published in the Gazette.

(d) Where the amount of the handling fee set out in the Schedule of Fees is changed, the corresponding amounts in the prescribed currencies shall be applied from the same date as the amount set out in the amended Schedule of Fees.

(e) Where the exchange rate between Swiss currency and any prescribed currency becomes different from the exchange rate last applied, the Director General shall establish the new amount in the prescribed currency according to directives given by the Assembly. The newly established amount shall become applicable two months after its publication in the Gazette, provided that the interested International Preliminary Examining Authority and the Director General may agree on a date falling during the said two-month period in which case the said amount shall become applicable for that Authority from that date.

57.3 Time and Mode of Payment

(a) The handling fee shall be due at the time the demand is submitted.

(b) Any supplement to the handling fee shall be due at the time that later election is submitted.

(c) The handling fee shall be payable in the currency or currencies prescribed by the International Preliminary Examining Authority to which the demand is submitted, it being understood that, when transferred by that Authority to the International

b) Le montant du supplément à la taxe de traitement est celui qui est fixé dans le barème de taxes. Le montant à payer dans chaque cas particulier est le montant ainsi fixé multiplié par le nombre des langues additionnelles visées à la règle 57.1 b).

c) Le montant de la taxe de traitement est fixé, pour chaque administration chargée de l'examen préliminaire international qui, en application de la règle 57.3. c), prescrit le paiement de la taxe de traitement en une ou plusieurs monnaies autres que le franc suisse, par le Directeur général après consultation avec cette administration et dans la ou les monnaies prescrites par cette dernière («monnaie prescrite»). Le montant dans chaque monnaie prescrite est l'équivalent, en chiffres ronds, de celui de la taxe de traitement qui est indiqué dans le barème de taxes. Les montants fixés dans les monnaies prescrites sont publiés dans la gazette.

d) Lorsque le montant de la taxe de traitement fixé dans le barème de taxes est modifié, les montants correspondants dans les monnaies prescrites sont applicables à partir de la même date que le montant indiqué dans le barème de taxes modifié.

e) Lorsque le taux de change entre la monnaie suisse et une monnaie prescrite s'écarte du dernier taux appliqué, le Directeur général établit le nouveau montant dans la monnaie prescrite selon les directives données par l'Assemblée. Le montant nouvellement établi est applicable deux mois après sa publication dans la gazette, à moins que l'administration chargée de l'examen préliminaire international intéressée et le Directeur général ne conviennent d'une date tombant dans ce délai de deux mois, auquel cas ce montant s'applique à cette administration à partir de cette date.

57.3 Date et mode de paiement

a) La taxe de traitement est due à la date à laquelle la demande est présentée.

b) Tout supplément à la taxe de traitement est dû à la date de présentation de l'élection ultérieure.

c) La taxe de traitement doit être payée dans la ou dans les monnaies prescrites par l'administration chargée de l'examen préliminaire international à laquelle la demande est présentée, étant entendu que, lors de son transfert par cette administration au

b) Die Höhe der zusätzlichen Bearbeitungsgebühr ergibt sich aus dem Gebührenverzeichnis. Der im Einzelfall zu zahlende Betrag besteht aus dem sich so ergebenden Betrag, der mit der Zahl der in Regel 57.1 Absatz b genannten zusätzlichen Sprachen multipliziert wird.

c) Die Höhe der Bearbeitungsgebühr wird für jede mit der vorläufigen internationalen Prüfung beauftragte Behörde, die nach Regel 57.3 Absatz c die Zahlung der Bearbeitungsgebühr in einer anderen Währung oder in anderen Währungen als der Schweizer Währung vorschreibt, vom Generaldirektor nach Anhörung dieser Behörde in der oder den von diesem Amt vorgeschriebenen Währungen festgesetzt („vorgeschriebene Währung“). Der Betrag in jeder vorgeschriebenen Währung stellt den Gegenwert des im Gebührenverzeichnis in Schweizer Währung angegebenen Betrags der Bearbeitungsgebühr in runden Zahlen dar. Die Beträge in den vorgeschriebenen Währungen werden im Blatt veröffentlicht.

d) Ändert sich der im Gebührenverzeichnis angegebene Betrag der Bearbeitungsgebühr, so werden die entsprechenden Beträge in den vorgeschriebenen Währungen im gleichen Zeitpunkt wie der in dem geänderten Gebührenverzeichnis angegebene Betrag anwendbar.

e) Ändert sich der Wechselkurs zwischen der Schweizer Währung und einer der vorgeschriebenen Währungen gegenüber dem zuletzt zugrundegelegten Wechselkurs, so setzt der Generaldirektor den neuen Betrag in der vorgeschriebenen Währung gemäß den Weisungen der Versammlung fest. Der neu festgesetzte Betrag wird zwei Monate nach seiner Veröffentlichung im Blatt anwendbar mit der Maßgabe, daß die beteiligte mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde und der Generaldirektor sich auf einen Zeitpunkt innerhalb dieser Zweimonatsfrist einigen können, von dem an dieser Betrag für diese Behörde anwendbar wird.

57.3 Fälligkeit und Zahlungsart

a) Die Bearbeitungsgebühr ist zu dem Zeitpunkt der Einreichung des Antrags fällig.

b) Jede zusätzliche Bearbeitungsgebühr ist zu dem Zeitpunkt der nachträglichen Auswahlerklärung fällig.

c) Die Bearbeitungsgebühr ist in der Währung oder den Währungen zu zahlen, die von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde, bei der der Antrag gestellt wurde, vorgeschrieben werden; der Betrag muß bei Überweisung

Bureau, it shall be freely convertible into Swiss currency.

(d) Any supplement to the handling fee shall be payable in Swiss currency.

57.4 Failure to Pay (Handling Fee)

(a) Where the handling fee is not paid as required, the International Preliminary Examining Authority shall invite the applicant to pay the fee within one month from the date of the invitation.

(b) If the applicant complies with the invitation within the prescribed time limit, the demand shall be considered as if it had been received on the date on which the International Preliminary Examining Authority receives the fee, unless, under Rule 60.1 (b), a later date is applicable.

(c) If the applicant does not comply with the invitation within the prescribed time limit, the demand shall be considered as if it had not been submitted.

57.5 Failure to Pay (Supplement to the Handling Fee)

(a) Where the supplement to the handling fee is not paid as required, the International Bureau shall invite the applicant to pay the supplement within one month from the date of the invitation.

(b) If the applicant complies with the invitation within the prescribed time limit, the later election shall be considered as if it had been received on the date on which the International Bureau receives the supplement, unless, under Rule 60.2 (b), a later date is applicable.

(c) If the applicant does not comply with the invitation within the prescribed time limit, the later election shall be considered as if it had not been submitted.

57.6 Refund

In no case shall the handling fee, or the supplement to the handling fee, be refunded.

Rule 96

The Schedule of Fees

96.1 Schedule of Fees Annexed to Regulations

The amounts of the fees referred to in Rules 15 and 57 shall be expressed in Swiss currency. They shall be spec-

Bureau international, elle doit être librement convertible en monnaie suisse.

d) Tout supplément à la taxe de traitement doit être payé en monnaie suisse.

57.4 Défaut de paiement (taxe de traitement)

a) Lorsque la taxe de traitement n'est pas payée dans les conditions prescrites, l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant à payer la taxe dans un délai d'un mois à compter de la date de cette invitation.

b) Si le déposant donne suite à cette invitation dans le délai prescrit, la demande est considérée avoir été reçue à la date de réception de la taxe par l'administration chargée de l'examen préliminaire international, sauf si une date ultérieure est applicable selon la règle 60.1. b).

c) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation dans le délai prescrit, la demande est considérée comme n'ayant pas été présentée.

57.5 Défaut de paiement (supplément à la taxe de traitement)

a) Lorsque le supplément à la taxe de traitement n'est pas payé dans les conditions prescrites, le Bureau international invite le déposant à payer le supplément dans un délai d'un mois à compter de la date de cette invitation.

b) Si le déposant donne suite à cette invitation dans le délai prescrit, l'élection ultérieure est considérée avoir été reçue à la date de réception du supplément par le Bureau international, sauf si une date ultérieure est applicable selon la règle 60.2. b).

c) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation dans le délai prescrit, l'élection ultérieure est considérée comme n'ayant pas été faite.

57.6 Remboursement

La taxe de traitement et tout supplément à cette taxe ne sont remboursés en aucun cas.

Règle 96

Barème de taxes

96.1 Barème de taxes reproduit en annexe au règlement d'exécution

Le montant des taxes visées aux règles 15 et 57 est exprimé en monnaie suisse. Il est indiqué dans le

durch diese Behörde an das Internationale Büro frei in Schweizer Währung umwechselbar sein.

d) Jede zusätzliche Bearbeitungsgebühr ist in Schweizer Währung zu zahlen.

57.4 Zahlungsver säumnis (Bearbeitungsgebühr)

a) Wird die Bearbeitungsgebühr nicht wie erforderlich bezahlt, so fordert die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder zur Zahlung der Gebühr innerhalb eines Monats vom Datum der Aufforderung an auf.

b) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt der Antrag als an dem Datum eingegangen, an dem die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde die Gebühr erhalten hat, es sei denn, daß nach Regel 60.1 Absatz b ein späterer Zeitpunkt zugrunde zu legen ist.

c) Kommt der Anmelder der Aufforderung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt der Antrag als nicht gestellt.

57.5 Zahlungsver säumnis (zusätzliche Bearbeitungsgebühr)

a) Wird die zusätzliche Bearbeitungsgebühr nicht wie erforderlich bezahlt, so fordert das Internationale Büro den Anmelder zur Zahlung der zusätzlichen Gebühr innerhalb eines Monats vom Datum der Aufforderung an auf.

b) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt die nachträgliche Auswahlerklärung als an dem Datum eingegangen, an dem das Internationale Büro die zusätzliche Gebühr erhalten hat, es sei denn, daß nach Regel 20.2 Absatz b ein späterer Zeitpunkt zugrunde zu legen ist.

c) Kommt der Anmelder der Aufforderung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt die nachträgliche Auswahlerklärung als nicht abgegeben.

57.6 Rückerstattung

In keinem Fall wird die Bearbeitungsgebühr oder die zusätzliche Bearbeitungsgebühr zurückerstattet.

Regel 96

Gebührenverzeichnis

96.1 Gebührenverzeichnis im Anhang zur Ausführungsordnung

Die Beträge der in Regel 15 und 57 genannten Gebühren werden in Schweizer Währung angegeben. Sie

ified in the Schedule of Fees which is annexed to these Regulations and forms an integral part thereof.

barème de taxes annexé au présent règlement d'exécution et qui en fait partie intégrante.

ergeben sich aus dem Gebührenverzeichnis, das im Anhang zu dieser Ausführungsordnung erscheint und Bestandteil hiervon ist.

Schedule of Fees	Barème de taxes	Gebührenverzeichnis
Kind of Fee Amount	Taxe Montant	Art der Gebühr Betrag
1. Basic Fee: [Rule 15.2 (a)] if the international application contains not more than 30 sheets 325 Swiss francs if the international application contains more than 30 sheets 325 Swiss francs plus 6 Swiss francs for each sheet in excess of 30 sheets	1. Taxe de base: [règle 15.2. a)] si la demande internationale ne comporte pas plus de 30 feuilles 325 francs suisses si la demande internationale compte plus de 30 feuilles 325 francs suisses plus 6 francs suisses par feuille à compter de la 31 ^e	1. Grundgebühr [Regel 15.2 Absatz a)] falls die internationale Anmeldung nicht mehr als 30 Blätter enthält 325 Schweizer Franken falls die internationale Anmeldung mehr als 30 Blätter enthält 325 Schweizer Franken und 6 Franken für jedes 30 Blätter übersteigende Blatt
2. Designation Fee: [Rule 15.2 (a)] 78 Swiss francs	2. Taxe de désignation: [règle 15.2. a)] 78 francs suisses	2. Bestimmungsgebühr [Regel 15.2 Absatz a)] 78 Schweizer Franken
3. Handling Fee: [Rule 57.2 (a)] 100 Swiss francs	3. Taxe de traitement: [règle 57.2. a)] 100 francs suisses	3. Bearbeitungsgebühr [Regel 57.2 Absatz a)] 100 Schweizer Franken
4. Supplement to the Handling Fee: [Rule 57.2 (b)] 100 Swiss francs	4. Supplément à la taxe de traitement: [règle 57.2. b)] 100 francs suisses	4. Zusätzliche Bearbeitungsgebühr [Regel 57.2 Absatz b)] 100 Schweizer Franken

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn. Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,70 DM (1,20 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 2,20 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Vereinbarung
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik
über steuerliche Erleichterungen im grenzüberschreitenden
deutsch-italienischen Straßenverkehr**

Vom 1. August 1979

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 25. Juli 1978 zu der Vereinbarung vom 18. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über steuerliche Erleichterungen im grenzüberschreitenden deutsch-italienischen Straßenverkehr (BGBl. 1978 II S. 1005) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Vereinbarung nach ihren Schlußbestimmungen

am 4. Januar 1979

in Kraft getreten ist.

Zum selben Zeitpunkt ist die Vereinbarung vom 3./4. Mai 1971 über Erleichterungen der fiskalischen Behandlung des grenzüberschreitenden deutsch-italienischen Straßengüterverkehrs (BGBl. 1973 II S. 337) außer Kraft getreten.

Bonn, den 1. August 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Verbeek